

## Newsletter – Ausgabe Nr. 9

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf diesem Wege möchten wir uns bei allen Kreisvorständen, Rats- und Kreistagsfraktionen des Ruhrgebietes und dem Landesvorstand DIE LINKE. NRW für die Zusammenarbeit in 2017 ganz herzlich bedanken. Ohne den Austausch mit Euch wäre unsere Arbeit in den Ausschüssen und in der Verbandsversammlung nicht so erfolgreich gewesen. Diese Zusammenarbeit wollen wir gerne fortsetzen!

In 2018 stehen wichtige Entscheidungen für die Region an. So werden im Frühjahr die Weichen für die Internationale Gartenbauausstellung 2027 gestellt. Im Sommer soll nun endlich der Entwurf des neuen Regionalplans Ruhr vorliegen. Mit dem Erarbeitungsbeschluss beginnt dann die Öffentlichkeitsbeteiligung. Ebenfalls im Sommer soll das Konzept zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Revierparks in der neuen Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr vorliegen. Es gibt also wieder viele neue Aufgaben und somit eine Vielzahl von Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten zwischen uns.

In dem Sinne wünschen wir Euch schöne Feiertage und eine guten Rutsch ins Neue Jahr, verbunden mit den besten Wünschen für eine gute Zusammenarbeit in 2018

*Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Heike Kretschmer und Fraktion*

Bei der letzten Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) am 15.12.2017 war der Beschluss über den Haushalt des RVR für 2018 die wichtigste Entscheidung. Unsere Fraktion hat den Haushalt abgelehnt. Näheres dazu findet ihr in der aktuellen Ausgabe des Newsletters.

### Die Themen im Überblick:

#### **Wichtiges aus der 16. Verbandsversammlung**

<b>Ruhrparlament solidarisch mit Stahlarbeitern – Forderung an das Land</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Warum wir den Haushalt 2018 abgelehnt haben</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Landesmittel für Radwegebau an Landesstraßen endlich verausgaben</b>	

#### **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

<b>RVR will Halden und Forstbereiche von der RAG übernehmen</b>	
<b>Standortmarketingkampagne Stadt der Städte – viel Geld und bisher wenig Wirkung</b>	<b>Seite 3</b>

#### **Einige Pressemitteilungen**

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

#### **Wichtiges aus der 16. Verbandsversammlung**

---

#### **Ruhrparlament solidarisch mit Stahlarbeitern – Forderung an das Land**

---

Die von unserer Fraktion initiierte Resolution „Ruhrparlament solidarisch mit Stahlarbeitern – Stahlbasis und Konzernsitz in NRW erhalten!“ wurde von der Großen Koalition aus CDU, SPD, Grünen und uns eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen.

In der Resolution heißt es, das Ruhrparlament sehe die geplante Fusion der Stahlsparten von thyssenkrupp und dem indischen Konzern Tata „mit Sorge“ und weiter: „Das Ruhrparlament erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft von thyssenkrupp Stahl und unterstützt sie in ihren Bemühungen, die Arbeitsplätze zu erhalten, die Montanmitbestimmung zu ‚leben‘ und den Firmensitz in NRW zu halten.“ Das Ruhrparlament appelliert auch an die Landesregierung, „... sich für die genannten Forderungen einzusetzen“.

Die deutliche Kritik an der Landesregierung, die kritische Äußerungen am Vorgehen des Konzerns vermeidet und sich aus der Auseinandersetzung heraushält, obwohl es um den Erhalt der industriellen Basis im Ruhrgebiet geht, ging der FDP scheinbar zu weit. Sie lehnte die Resolution ab, denn der Wirtschaftsminister Pinkwart wäre ja nicht untätig. Die Piraten enthielten sich.

Offensichtlich ist der Schwarz-Gelbe Koalitionsvertrag, der sich vollmundig zum Erhalt der Industrie bekennt, das Papier nicht wert, auf dem er steht.

---

## **Warum wir den Haushalt 2018 ablehnt haben**

---

Der Haushalt des RVR ist im Vergleich zu den Haushalten der Mitgliedskommunen solide. Er wird in 2018 im Vergleich zum Vorjahr bei gleichbleibendem Hebesatz nur gering steigen und 90,7 Mio. Euro betragen.

Unser Nein zum Haushalt 2018 heißt vor allem Nein zur Verausgabung von weiteren 3 Mio. Euro für die Standortmarketingkampagne, dem Prestigeprojekt von CDU, SPD und Grüne aus dem letzten Jahr. Das hierfür nur noch 1,5 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen werden müssen, hängt mit der Verwendung der Mehreinnahmen aus der Umlage zusammen. Wie man die unerwarteten Mehreinnahmen von 1,94 Mio. Euro sinnvoller und nachhaltiger verwenden kann, machten wir mit unseren 13 Anträgen zum Haushalt deutlich. So haben wir beantragt, 1,54 Mio. Euro unter anderem für die Umsetzung folgende Projekte zu nutzen:

- Erarbeitung einer Studie zu den Möglichkeiten der Übertragung von Aufgaben an den Verband, was nach dem neuen RVR-Gesetz zwar seit drei Jahren möglich ist, aber noch nicht ernsthaft in den Blick genommen wurde (30.000 Euro).
- Umsetzung einer ruhrgebietsweiten Sozialberichterstattung (30.000 Euro).
- Entwicklung von ruhrgebietsweiten Konzepten und Projekten für öffentliche Beschäftigung zusammen mit der Business Metropole Ruhr GmbH und den Mitgliedskommunen (30.000 Euro).

Beide Anträge waren uns im Vorfeld der im März 2018 stattfindenden ruhrgebietsweiten Sozialkonferenz besonders wichtig. Schließlich soll diese keine Eintagsfliege werden.

- Stärkere finanzielle Förderung der Ruhrgebietsliteratur und der Regionalen Sportförderung (insgesamt 180.000 Euro).
- die Anschaffung dringend benötigter Maschinen für den Forstbereich (allein über 750.000 Euro) sowie
- die Auslobung eines Integrationspreises durch den Verband. (200.000 Euro).

Die XXL-Koalition von CDU, SPD und Grünen haben ähnlich wie im Vorjahr vier unserer Anträge in leicht gewandelter Form als „ihre“ Anträge neu eingebracht, die dann natürlich eine Mehrheit fanden. So fließen zusätzlich insgesamt 45.000 Euro in den Literaturpreis Ruhr und die Regionale Sportförderung. Die Unterstützung der Netzwerkarbeit im Interesse der Ruhrgebietsliteratur bleibt damit auch in diesem Jahr wieder außen vor. Außerdem werden Verwaltung und Politik im Vorfeld der Direktwahl neue Kommunikationsformen mit den Bürgern/innen auf den Weg bringen. Die nun beschlossene Erarbeitung eines Konzeptes zur Unterstützung der Kommunen bei der Akquise von EU-Fördergeldern geht auch auf unseren Antrag zurück. Noch vor der Beschlussfassung über unseren Antrag zur Aufstockung der Stellen für Auszubildende im Forst sagte der Eigenbetrieb Ruhr Grün die Stellenerweiterung zu. (Die Haushaltsrede ist auf unserer Internetseite veröffentlicht.)

---

## **Landesmittel für Radwegbau an Landesstraßen endlich verausgaben**

---

Auch im nächsten Jahr stehen 900.000 Euro für den Bau von Radwegen an bestehenden Landesstraßen zur Verfügung. Deren Verausgabung wird durch die Verbandsversammlung der RVR priorisiert. Seit 2010 standen für diese Projekte im Verbandsgebiet allein 6,3 Millionen Euro zur Verfügung, davon wurden nur etwa 1,4 Millionen Euro verbaut.

Olaf Jung kritisierte die fehlende Verausgabung der Mittel im Ruhrgebiet. Auch in 2018 wird wohl nicht damit zu rechnen sein, dass die seit vier Jahren auf den Rängen 1 und 2 priorisierten Maßnahmen, der Radweg in Bottrop und Schermbeck entlang der L 104 umgesetzt werden. Hier müssten Straßen.NRW und die Bezirksregierungen endlich aktiver werden, anstelle die Mittel in Straßen zu stecken oder Radwege in anderen Regionen von NRW zu bauen. Ob das Programm in den nächsten Jahren von der neuen Landesregierung fortgesetzt wird, ist auch noch unklar.

## **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

---

### **RVR will Halden und Forstbereiche von der RAG übernehmen**

---

Wie wir berichtet haben, hat der Verband die Verhandlungen mit der RAG zur Übernahme weiterer Halden begonnen, um eine sinnvolle Folgenutzung aus einer Hand zu initiieren und möglich zu machen. Dabei wird über 22 Halden und Forstgrundstücke in einer Gesamtgröße von ca. 2.300 ha diskutiert. Im Umwelt- und Verbandsausschuss kritisierten wir, dass eine solche weitreichende Erweiterung der Aufgaben des Verbandes nicht mit konkreten weiteren Handlungsschritten unterlegt wird und in der Verbandsversammlung diskutiert wird.

Im Ergebnis der Gespräche mit der Marler Ratsfraktion, der Kreistagsfraktion Recklinghausen und Vertreter von Bürgerinitiativen hat die Fraktion eine umfassende Anfrage für die kommende Sitzung des Umweltausschusses dazu erarbeitet. Denn eins ist klar: Aus Sicht unserer Fraktion muss auch die RAG ihren Anteil zur Aufwertung und Gestaltung der Halden beitragen. Schon vor der Übernahme der Halden muss klar sein, wie man die Halden nutzen will. Die Schaffung von Freizeit- und Erholungsbereichen hat hier Priorität.

---

### **Standortmarketingkampagne Stadt der Städte – viel Geld und bisher wenig Wirkung**

---

Heftig diskutiert wurde im Wirtschaftsausschuss der Sachstand der neuen Kampagne. Wir kritisierten die weiterhin fehlende Beteiligung der Wirtschaft an der Finanzierung der Kampagne, von der auch sie profitieren sollen. Hinzu kommt, dass immer noch nicht feststeht, wie man die Effekte der zehn Millionen teuren Kampagne je ermesen will. Bis heute kann man noch nicht mal genau darlegen, wie viele Interessenten man über Social Media erreicht hat. Selbst die Ruhrgebietsstädte, die sich hier wiederfinden sollen, scheinen der Kampagne nichts abgewinnen zu können, haben sich doch gerade mal zwei Kommunen bisher auf den Weg gemacht, hier mitzuwirken.

### **Einige Pressemitteilungen ...**

---

#### **Kommunale Entschuldung durch Bund und Land dringend**

**30.11.2017**

#### **Kommunalfinanzbericht Ruhr 2017: Sozialausgaben erdrücken Investitionen**

---

Der heute vorgelegte Kommunalfinanzbericht des Regionalverbandes Ruhr (RVR) macht deutlich, dass die Ruhrgebietskommunen trotz der erhöhten Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen und des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ des Landes NRW aus der Finanzmisere nicht herauskommen. Der Teufelskreis von fehlenden Einnahmen, erhöhten Sozialausgaben und fehlenden Investitionen setzt sich weiter fort.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Die Zahlen der letzten Tage haben es deutlich gemacht: Trotz einer auch im Ruhrgebiet seit längerem leicht sinkenden Arbeitslosenquote bleibt die Anzahl der Transferleistungsempfänger/innen nicht nur hoch, sondern sie steigt. Ende 2016 erhielten fast 800.000 Menschen im Ruhrgebiet Transferleistungen, der größte Teil nach dem SGB II (Hartz IV). Das ist fast jede/r sechste Einwohner/in der Region. D.h. die Langzeitarbeitslosigkeit ist hier in der Region ein riesiges Problem. Die wachsenden Sozialausgaben führen dazu, dass von den Mehreinnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen in den Ruhrgebietsstädten fast nichts übrig bleibt. Hinzu kommt die nach wie vor erdrückende Schuldenlast der Ruhrgebietsstädte, aus der sie allein niemals herauskommen werden.“

Die Sozialausgaben stiegen im RVR-Gebiet von 2011 bis 2016 um rund 1,66 Mrd. Euro, die Mehreinnahmen der Städte lagen bei gerade mal 1.738 Mio. Euro. Besonders alarmierend ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR, dass weder höhere Bundesleistungen noch der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ den Ruhrgebietsstädten Finanzspielräume für Investitionen ermöglicht haben. Der Investitionsrückstau in die Infrastruktur, in Schulen, Kindertagesstätten usw. wächst.

Pro Einwohner/in haben die Ruhrgebietskommunen 2016 insgesamt 964 Euro an Sozialausgaben geleistet, im Schnitt der westdeutschen Flächenländer wurden jedoch nur 679 Euro ausgegeben. Bei den Investitionen konnten die Kommunen in den Westdeutschen Flächenländern 270 Euro pro Kopf aufbringen, die Ruhrgebietskommunen nur 123 Euro.

Wolfgang Freye weiter: „Die Forderung von Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, dass Bund und Land bei der Festlegung der Berechnungsgrundlagen für Gelder an die Kommunen stärker soziale Kriterien zugrunde legen müssen, ist aus unserer Sicht völlig berechtigt. Schwarz-Gelb in NRW macht allerdings genau das Gegenteil und will die Gewichtung von Sozialausgaben bei der Gemeindefinanzierung zurücknehmen. Das halten wir für völlig inakzeptabel. Des Weiteren macht der Kommunalfinanzbericht deutlich, dass es Augenschere ist, von ‚Entspannung‘ zu reden. Wir brauchen dringend einen Schuldenschnitt bzw. eine Altschuldenregelung, sonst kommen die Ruhrgebietsstädte nie aus dem Tief heraus, erst recht nicht, wenn die Zinsen wieder steigen.“

---

#### **Herr Laschet sollte sich nicht aus der Verantwortung stehlen**

**27.11.2017**

#### **Sozialticket muss ausgebaut statt „sozialverträglich“ abgebaut werden**

---

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält die aktuellen Aussagen von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zum Sozialticket bisher für nicht mehr als taktisches „Geplänkel“. Denn statt zur Notwendigkeit eines Angebotes für Transferleistungsempfänger/innen und Niedriglöhner zu stehen, hat er sich als Reaktion auf die Proteste gerade auch von Wohlfahrtsverbänden wie der Caritas nur für einen

„sozialverträglichen“ Abbau des Landeszuschusses von 40 Mio. Euro ausgesprochen. Von der Absicht, die Zuschüsse für das Sozialticket im Landeshaushalt zu streichen, ist er bisher nicht abgerückt.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „DIE LINKE fordert seit Jahren, dass der Kostenanteil für Mobilität im Hartz IV-Satz so angehoben wird, dass es den Betroffenen möglich ist, wirklich mobil zu sein. Dass nun ausgerechnet Armin Laschet darauf verweist, dass es bundesweit einheitlicher und gerechter Kostenansätze bedarf ist, interessant. Solange im Hartz-IV-Satz gerade mal 26,77 Euro für den Nahverkehr vorgesehen sind, wird das Sozialticket gebraucht. Die im Koalitionsvertrag verankerte Chancengleichheit ist für Schwarz-Gelb anscheinend nur eine Worthülse. Denn ohne Zuschüsse werden die Verkehrsverbände das Sozialticket nicht weiterführen können.“

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR sollte der Ministerpräsident mit seinen Äußerungen den „Schwarzen Peter“ nicht auf den Bund und die Verkehrsverbände und damit die Kommunen abschieben. Letztere haben schon jetzt Schwierigkeiten, das ÖPNV-Angebot sicherzustellen.

Wolfgang Freye weiter: „Wir erwarten klare Ansagen aus Düsseldorf, wie das Angebot des Sozialtickets landesweit ausgebaut statt gestrichen werden kann. Denn mit der Beschränkung auf eine ‚Wabe‘ passt es gerade im Ruhrgebiet ohnehin nicht. Zudem ist es mehr als 10 Euro teurer, als der Anteil des ÖPNV am Hartz-IV-Regelsatz, was aus unserer Sicht nicht sein kann. Im Übrigen sind wir gespannt auf die Bundesratsinitiative des Landes für eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes.“ ...

---

***DIE LINKE im RVR begrüßt Wegfall der Sperrklausel  
Keine „Funktionsstörungen“ bei Kommunen – allerdings auch nicht beim RVR***

---

**22.11.2017**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt das heutige Urteil des Landesverfassungsgerichtes NRW, nach dem die von den Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen in der letzten Legislaturperiode beschlossene 2,5%-Sperrklausel für Gemeinden und Landkreise verfassungswidrig ist.

Das höchste Gericht im Land NRW sieht durch die Sperrklausel der Grundsatz der Gleichheit der Wahl verletzt und hält eine Funktionsstörung von Gemeinde- und Stadträten, wie sie mancher Bürgermeister sehen wollte, für nicht gegeben an. Nicht nachvollziehbar ist für DIE LINKE im RVR allerdings, dass Bezirksvertretungen und der RVR ausgenommen sind.

„Die Räte und Kreistage sollen den demokratischen Grundgedanken der Pluralität einer Gesellschaft widerspiegeln, das sieht erfreulicherweise auch das Landesverfassungsgericht so,“ erläutert Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Die 2,5 %-Hürde würde aber viele ausgrenzen, gerade wenn viele, teils lokale Listen antreten. Hätte sie Bestand, würden in vielen Städten 10, 15 % der Stimmen unter den ‚Tisch‘ fallen. SPD, CDU und Grüne, die die Sperrklausel im Landtag beschlossen haben, sollten einfach etwas geduldiger sein und sich stärker aufs Argumentieren besinnen, statt ‚durchstimmen‘ zu wollen. Das Verfassungsgericht sieht die von manchen behauptete ‚Funktionsunfähigkeit‘ der Gemeinden jedenfalls nicht. Sie ist eine Chimäre, mit denen sich die größeren Parteien und die Grünen Diskussionen vom Leib halten wollen.“

Bereits 1999 argumentierte das Landesverfassungsgericht ähnlich wie heute, später auch das Bundesverfassungsgericht. 1999 war eine Klage der damaligen PDS NRW gegen die Sperrklausel von 5% erfolgreich.

„Wir sind froh, dass das Rad für Gemeinden und Kreise nicht zurückgedreht wurde, auch wenn wir in den meisten Orten von einer 2,5 %-Klausel gar nicht betroffen wären“, so Wolfgang Freye weiter. „Warum der Verfassungsgerichtshof die 2,5 %-Klausel für Bezirksvertretungen und die Verbandsversammlung des RVR allerdings für gerechtfertigt hält, erschließt sich uns nicht. Der RVR hat wichtige, hoheitliche Aufgaben bei der Regionalplanung und soll laut RVR-Gesetz kommunale Aufgaben übernehmen können, was er z.B. bei der Geodatenverwaltung zunehmend tut. Insofern sollte er von dem Wegfall der Klausel nicht ausgenommen werden.“

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

**Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)